

Kromphardt, Wilhelm

Article — Digitized Version

Marktspaltung als Sozial- und Subventionsinstrument in der Agrarpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kromphardt, Wilhelm (1949) : Marktspaltung als Sozial- und Subventionsinstrument in der Agrarpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 3, pp. 9-13

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130896>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ABHANDLUNGEN

Marktpaltung als Sozial- und Subventionsinstrument in der Agrarpolitik

Prof. Dr. Wilhelm Kromphardt, Göttingen¹⁾

Deutschlands wirtschaftspolitische Gegenwarts-lage ist auf organisatorischem Gebiet ein Zwitterzustand auf halbem Wege zwischen Marktwirtschaft und Zwangswirtschaft. Mit der Währungsreform hat die „Rationierung durch den Preis“ unter gleichzeitigem Abbau öffentlicher Subventionen auf dem gewerblichen Sektor der Wirtschaft zu erheblichen Korrekturen des Preisgefüges und trotz des „Geldschnittes“ auf breiter Front zu nicht unerheblichen Preissteigerungen geführt. Der volkswirtschaftliche Sinn dieser Vorgänge liegt nicht zuletzt in der Wiederherstellung und in Verschiebungen der Rentabilitätslage der einzelnen Wirtschaftszweige. Hierbei bedeutet das Verhaftetbleiben des landwirtschaftlichen Sektors der Volkswirtschaft im zwangswirtschaftlichen System der Festpreise einen Druck auf die Rentabilität des Agrarsektors, der in der Preispolitik, nicht in der realen Situation der deutschen Volkswirtschaft begründet ist. Die sozialpolitischen Begründungen für diesen Zwitterzustand der deutschen Wirtschaftspolitik liegen zu sehr auf der Hand, als daß ihre Wiederholung hier nötig wäre. Eher ist schon darauf hinzuweisen, daß diese sozialpolitischen Begründungen meist einseitig städtische Bevölkerungsschichten berücksichtigen und einer Ergänzung durch Beachtung ihrer sozialpolitischen Auswirkungen auf dem Lande dringend bedürfen.

Vordringlich aber ist die Frage, ob dieser Zwitterzustand eine wirtschaftspolitisch angemessene Lösung für die deutsche Volkswirtschaft und ihre Agrarwirtschaft darstellt. Diese Frage ist angesichts des außerordentlich niedrigen und unausgewogenen Autarkiegrades der deutschen Volkswirtschaft und angesichts des Umstellungszwanges, den eine Wiedereingliederung der deutschen Agrarwirtschaft in die Weltwirtschaft demnächst mit sich bringen wird, ohne Zweifel zu verneinen. Denn für die Ausgleichung und Hebung des Autarkiegrades und die Umstellung des agraren Produktionsprogrammes ist sicherlich die bisherige Form der Zwangswirtschaft ein ungeeignetes Instrument.

DIE RELATIVE UNTERRENTABILITÄT DER DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFT

Das Problem einer relativen Unterrentabilität der deutschen Landwirtschaft im Vergleich zur Rentabilitätslage der übrigen Wirtschaftszweige in Deutschland ist an sich kein neues Phänomen. Be-

weis dafür sind die Erscheinungen der sogenannten Landflucht, die sich seit Jahrzehnten in Deutschland abspielen. Es herrscht Übereinstimmung, daß es für diese langfristige Krankheit ein und nur ein wirtschaftspolitisch gesundes Bekämpfungsmittel gibt, nämlich die Steigerung der agraren Grenzproduktivität. Ein Heilmittel, das selbst nur langfristig anwendbar ist, dafür aber das Problem allgemein und an der Wurzel und mit durchgreifendem Erfolge anzugreifen vermag. Solche Grenzproduktivitätssteigerung kann nur das Resultat wirtschaftlichen Fortschritts sein, der sich sowohl als technischer und züchterischer Fortschritt, wie auch als Fortschritt in der Betriebsführung und in der Absatzorganisation darstellen muß. Auf allen diesen Gebieten hat die deutsche Landwirtschaft, unterstützt von den hierfür in Frage kommenden Industriezweigen, im 19. Jahrhundert sehr beachtliche Erfolge aufzuweisen gehabt. Trotzdem hat die relative Rentabilitätsentwicklung der deutschen Landwirtschaft mit jener auf industriellem Gebiete nicht Schritt halten können. Es ist wichtig, sich dies klar vor Augen zu halten, um den Irrtum zu vermeiden, daß mit der bloßen Abschaffung der Zwangswirtschaft und mit der bloßen Einbeziehung des Agrarsektors in die neue Wirtschaftspolitik freier Marktwirtschaft alle agrarpolitischen Probleme Deutschlands gelöst und zu lösen wären. Denn die Konkurrenzwirtschaft der Vergangenheit hat doch in Deutschland eben keineswegs die relative Unterrentabilität der deutschen Landwirtschaft zu beseitigen vermocht!

Was, allerdings die Einbeziehung der Landwirtschaft in die Politik der freien Marktwirtschaft leisten könnte und würde, wäre die Beseitigung des preispolitischen, durch den einseitig ernährungswirtschaftlichen Preisstop der Gegenwart erzeugten, spezifischen Rentabilitätsdruckes, der ganz unabhängig von den Produktivitätsmöglichkeiten der Landwirtschaft auf sie ausgeübt wird. Gegen solchen spezifisch preispolitischen Rentabilitätsdruck bedarf es des Einsatzes spezifischer Mittel, die in Preiserhöhungen oder in Subventionen bestehen können. Es besteht kein Zweifel, daß der Übergang zu freier Marktwirtschaft bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands zu sehr erheblichen (wirtschafts- und sozialpolitisch zweifellos nicht

¹⁾ Nach Gedankengängen, die in einem am 1. September 1948 vor dem Verein für Agrarwirtschaft in Wiesbaden gehaltenen Vortrag entwickelt worden sind.

ungefährlichen) Steigerungen des agraren Preisniveaus führen würde. Und es ist jedermann bekannt, daß die Forderung auf Einschaltung des Agrarsektors in die neue Wirtschaftspolitik der Marktwirtschaft gerade aus diesen Preiserwartungen heraus breite Anhängerschaft in der Landwirtschaft findet. Es mag gegenüber dieser Forderung auf „Gleichberechtigung“ des Agrarsektors ohne weiteres zugegeben werden, daß — wenn und soweit sie praktisch durchführbar ist — eine geordnete und richtig gelenkte Marktwirtschaft durch die mit ihr verbundene Vergrößerung des Sozialprodukts eine zweifellos bessere Sozialpolitik darstellt, als die bisherige Zwangswirtschaft mit ihrer Drosselung der Produzenteninitiative und ihren höchst unrationell organisierten, aber solange es Zwangswirtschaft gibt, unausrottbaren schwarzen Märkten. Dieses Argument von der besseren Sozialpolitik der Marktwirtschaft dürfte um so richtiger sein, je langfristiger die Betrachtung ist, aber es trifft nicht ganz den hier zur Diskussion stehenden Punkt, nämlich die Aufhebung des preispolitischen Rentabilitätsdruckes auf die Landwirtschaft. Was sich die Befürworter freier Wirtschaft im Agrarsektor von ihr heute versprechen, ist meist mehr als eine Angleichung, es ist darüber hinaus eine relative Hebung der Agrarpreise im Vergleich zum Niveau der übrigen Preise. Und diese relative Agrarpreissteigerung würde weniger den berühmten volkswirtschaftlichen Kuchen vergrößern als seine Zusammensetzung verändern und die Anteile an ihm verschieben. Und zwar gilt dies um so schärfer, je kurzfristiger das Problem betrachtet wird. Sozialpolitisch gesehen stehen hier also ein langfristig günstiger und ein kurzfristig ungünstiger Effekt wider einander. Der letztere wird in seiner Bedeutung nicht unerheblich dadurch verschärft, daß die Agrarpreise den entscheidendsten Faktor des Reallohnes bei gegebener nomineller Lohnpyramide darstellen. Es ist nahezu undenkbar, daß eine schlagartige und wesentliche Hebung der Agrarpreise die Lohnentwicklung insgesamt nicht derart beeinflussen sollte, daß die wirtschaftspolitische Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale akut werden sollte. In einem solchen Falle der Gefahr der Währungszerrüttung dürfte angesichts der wirtschaftspolitischen Machtverteilung zwischen Besatzungsmächten und deutschen Stellen wohl nicht ein Währungsverfall, sondern ein Rückfall in die Zwangswirtschaft das Endresultat darstellen. Eine sicherlich von jenen nicht erstrebte „Gleichberechtigung“ des Agrarsektors mit den übrigen Wirtschaftszweigen, die heute im Namen der Gleichberechtigung für eine Politik der Wirtschaftsfreiheit im Agrarsektor kämpfen.

SUBVENTION ALS LÖSUNG

Das Beispiel der englischen Kriegswirtschaft könnte in dieser Situation die Subventionslösung des Problems gleichzeitiger Hebung der Agrarpreise und der Stabilisierung der unteren Reallohne nahelegen. Bekanntlich war diese Subven-

tionslösung in der englischen Kriegs- und Nachkriegswirtschaft außerordentlich erfolgreich. Eine beruhigte Lohnbewegung mit ihrem stabilisierenden Einfluß auf das gesamte Kostengefüge der Volkswirtschaft wurde mit durchgreifender Rentabilitäts- und Leistungssteigerung der britischen Landwirtschaft in sozial- und wirtschaftspolitisch befriedigender Form kombiniert. Für den landwirtschaftlichen Produzenten ist es doch natürlich prinzipiell gleichgültig, ob die Beseitigung des Rentabilitätsdruckes aus den Preisbewilligungen der Endverbraucher oder aus den Zuschüssen der Steuerzahler stammt. Er wird in beiden Fällen in gleicher Weise auf die praktische Verschiebung seiner Rentabilitätslage mit Leistungssteigerung reagieren. Volkswirtschaftlich gesehen läuft dabei die Subventionslösung darauf hinaus, daß die höheren Einkommensschichten auf dem Umwege über die öffentlichen Haushalte einen Teil der Konsumtion der einkommensschwachen Schichten mitbezahlen.

Die Schattenseite solcher Subventionslösung des Problems liegt natürlich in der Belastung der öffentlichen Haushalte mit den Subventionsbeträgen zwecks Erzielung der Kaufkraftverschiebung von den steuerlich stärker belasteten zu den einkommensschwachen Schichten, deren Konsum subventioniert würde. Auch wenn man den Umfang dieser Kaufkraftverschiebung dadurch begrenzt, daß man mit der Methode der Verbilligungsscheine nur begrenzte, besonders lohnschwache Schichten in das Programm einbezieht, bleibt die Belastung der öffentlichen Haushalte mit diesen durchlaufenden Kosten außerordentlich groß. Zumal die deutschen öffentlichen Haushalte heute unter einem ausdrücklichen Zwang zu kurzfristiger Ausgleichfindung stehen. Der Ausweg in die öffentliche Verschuldung steht daher nicht offen, der für Großbritannien während des Krieges das Problem außerordentlich erleichterte.

Es ist auch kein Ausweg aus dem Dilemma, wenn die Befürworter der Verbilligungsscheine die Subventionsbeträge statt aus den öffentlichen Haushalten aus den Markgegenwerten der sogenannten Marshall-Importe und anderer Grateinfuhren der Besatzungsmächte nehmen möchten. Alle diese Importe stellen volkswirtschaftlich Auslandskredite dar, deren Rückzahlungstermine zwar unbestimmt, deren Rückforderung aber — unter welcher Bezeichnung auch immer — so gut wie sicher ist. Nur die Haltung eines Spielers könnte rechtfertigen, sie für eine laufende Konsumfinanzierung statt für eine solche Investierung in Anspruch zu nehmen, die aus ihrer direkten oder indirekten Rentabilität heraus die volkswirtschaftlichen Quellen ihrer späteren Verzinsung und Tilgung schafft. Würden die Markgegenwerte der Gratisimporte dagegen für die laufende Konsumfinanzierung verwendet, so hieße das, ihre Rückzahlung aus künftigen Haushaltsüberschüssen ins Auge fassen, womit klar sein dürfte, daß auch diese Subventionsmethode

eine Belastung der öffentlichen Haushalte darstellt, wenn sie auch im Augenblick dem oberflächlichen Betrachter unsichtbar bliebe. Im Interesse des deutschen Volkes aber sollte gerade heute die deutsche Wirtschaftspolitik nicht mehr von oberflächlichen Betrachtern und in der Haltung eines Spielers geführt werden. (Welches Argument wollten übrigens die Befürworter der Konsumsubventionierung aus Auslandskrediten den Besatzungsmächten entgegenhalten, wenn sie die Markgegenwerte der Marshall-Importe zu Zuschüssen an die öffentlichen Haushalte verwenden würden, um auf diesem Wege, der auch nichts anderes als Konsumfinanzierung darstellt, die Höhe der gegenwärtigen Besatzungskosten tragbarer zu machen?)

MARKTSPALTUNG ALS MITTEL DER SELBSTSUBVENTION

Kann man es wirtschafts- und sozialpolitisch in der gegenwärtigen Situation Westdeutschlands nicht verantworten, eine ruckartige Anpassung der Ernährungskosten an das Weltpreisniveau oder darüber hinaus durch einen plötzlichen Abbau aller Zwangswirtschaft herbeizuführen, so gilt es einen Weg zu suchen, der ohne Umweg über die öffentlichen Haushalte eine Subventionierung des Nahrungsverbrauchs der einkommensschwachen Schichten durch die einkommensstärkeren Schichten gestattet und zugleich die Aufhebung des preispolitischen Rentabilitätsdruckes auf die Landwirtschaft sowie ihre Rückführung zu gesundem marktwirtschaftlichem Verhalten ermöglicht. Diese Methode der automatischen Selbstsubvention eines Wirtschaftszweiges ist die Marktspaltung.

Bekanntlich ist ein Buchverleger (wenn er es so will und sinnentsprechend operiert) in der Lage, den gleichen Gesamterlös aus einer Buchauflage auf zwei Wegen zu erzielen: er kann eine einheitliche Ausgabe des fraglichen Werkes herausgeben und zu einheitlichem Preise zum Absatz bringen oder er kann das Werk in begrenzter Zahl als Luxusausgabe (wobei der Luxus z. B. lediglich in der persönlichen Signierung durch einen bekannten Autor zu bestehen braucht) zu erhöhtem und als Volksausgabe zu erniedrigtem Preise zum Absatz bringen. Daß der Verleger auf letzterem Weg u. U. sogar seinen Gesamterlös über jenes Maß hinaus steigern kann, das er mit einer Einheitsausgabe zum Einheitspreis erzielen könnte, soll hier nicht interessieren. Dagegen scheint der Hinweis darauf, daß die Eisenbahnsysteme vieler Länder unter der Überschrift Werttarife nach solchen Prinzipien seit Jahrzehnten erfolgreich manövrieren, nicht unangebracht, um daran zu erinnern, daß nur das Wort Marktspaltung, nicht aber die Methode neu ist. Und mit sowjet-russischen Methoden, oder gar mit deren Karikatur in der russischbesetzten Zone Deutschlands hat der Vorschlag absolut nichts zu tun. Daß die auf Millionen von Höfen betriebene deutsche Landwirtschaft diese Methode nicht ohne organisatorische Hilfestellung

der öffentlichen Hand anwenden kann, da sie kein Monopolist wie die Reichsbahn oder der betrachtete Buchverleger ist, stellt im Grunde die einzige Rechtfertigung des Wortes „Marktspaltung“ dar.

Das Programm der Marktspaltung ist einfach. Der Rückzug aus der Zwangswirtschaft mit ihren Ablieferungspflichten, Festpreisen und Zuteilungskarten auf jene Güterarten und Gütermengen des Verbrauchs der einkommensschwachen Schichten, denen hiermit eine Stabilität ihres Reallohnes gesichert werden soll, und die Verweisung alles zusätzlichen Verbrauches auf marktwirtschaftliche Methoden und deren Preisbildung. Durch ein System von Anbau- und Lieferverträgen (nicht unähnlich dem inzwischen leider abgebauten statt reformierten „Jedermann“-Programm der Industrie, das man als eine Kernplanung der Industriewirtschaft bezeichnen könnte) wäre diese Durchschleusung eines Standard-Sortiments von Nahrungsgütern usw. zu den ausgewählten Verbraucherschichten (vielleicht auf jene Gruppen begrenzt, deren Einkommen unter den vergleichbaren landwirtschaftlichen Einkommen liegt), zu festen Preisen sicherzustellen. Wobei die Lebensmittelkarten mit anschließenden Bezugsrechten evtl. unter gleichzeitiger Ausgestaltung zu Steuergutscheinen in den Händen der Endlieferanten sinnvolle Anwendung finden könnten.

DIE VOLKSWIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNG

Angesichts der Tatsache, daß der Absatz der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft innerhalb der deutschen Volkswirtschaft auf absehbare Zeit gesichert und wegen des geringen Autarkiegrades und der Devisenlage sogar mehr als gesichert ist, liegt es auf der Hand, daß die Preise der Agrarprodukte außerhalb des Kernsektors erheblich anziehen und die tatsächliche Knappheitslage für alle landwirtschaftlichen Produkte klar zum Ausdruck bringen würden. Die Aufhebung des preispolitischen Rentabilitätsdruckes auf die Landwirtschaft würde also trotz ihres „Sozialwerkes“, wie man den bewirtschafteten Kernsektor nennen könnte, vollkommen erreicht. Es würden doch gerade die einkommensstarken Käuferschichten zur preislichen Konkurrenz um die durch den Kernsektor geschmälernten Produktionsmengen der Landwirtschaft gezwungen. Im Gegensatz zur Freigabe einzelner Produkte bei gleichzeitiger Totalbewirtschaftung anderer würde aber keine Fehlsteuerung der landwirtschaftlichen Produktion auf die rentabilitätshohen (weil freigegebenen) und verhältnismäßig unwichtigen Produkte erfolgen, vielmehr würden sich die Produzenten aller landwirtschaftlichen Produkte aus den erhöhten Preisen der freien Märkte gewissermaßen selbst subventionieren. Dabei würde sich auf den freien Märkten für alle Agrarprodukte ein neues Preisgefüge einspielen, das die Dringlichkeit der Nachfrage und den Umfang des Angebotes der ver-

schiedenen landwirtschaftlichen Produkte ökonomisch richtig zum Ausdruck brächte. Auf dieses neue, marktmäßig unterbaute, und nicht nach trügerischen Kostenberechnungen dekretierte Preisgefüge würde sich das landwirtschaftliche Produktionsprogramm ausrichten, und in bewährter Weise würde Umstellungstempo und Umstellungsleistung der verschiedenen Produzenten durch entsprechende Rentabilitätssteigerungen prämiert werden. Die automatische Subventionsmethode der Marktpaltung erfüllt also in ausgezeichneter Weise die Forderung nach produktionspolitisch richtiger Subventionierung. Es ist selbstverständlich, daß kein noch so raffiniert ausgeklügelter, behördlicher Verteilungsschlüssel die Subventionsbeträge mit solcher Feinsteuerung an die Millionen der zu berücksichtigenden Betriebe zuführen könnte. Am allerwenigsten könnte dabei das behördliche Verteilungsschema fortschrittliche Betriebsführung in so präziser Weise prämiieren, wie es die Beteiligung an den Freimärkten mit allen die vertraglichen Ablieferungen an den Kernsektor übersteigenden Produktionsmengen tun würde.

Auf der anderen Seite würde auch die Aufbringung der Subventionsbeträge von den einkommensstärkeren Schichten durch die Marktpaltung wesentlich reibungsloser und in präziserer Feinsteuerung nach der Leistungsfähigkeit umgelegt werden, als durch jede Anziehung einer noch so differenzierten progressiven Direktbesteuerung. Durch Kauf oder Nichtkauf auf den verschiedenen Freimärkten würde in Zusammenarbeit mit der dadurch beeinflussten Preisbildung eine geräuschlose Selbstveranlagung aller Endverbraucher nach Umfang und Inhalt ihres Konsums stattfinden, an der sogar die erfolgreichen Vermeider der Direktbesteuerung wenigstens bei der Verausgabung ihres Einkommens zur Tragung der Subventionslast mit herangezogen würden.

Die sich ergebende Marktpreisbildung würde von selbst dafür sorgen, daß die Verbraucher der knappsten Agrarprodukte die größte Subventionslast zu tragen hätten und damit zugleich, daß die Produzenten der knappsten Agrargüter die höchsten Subventionsprämien erhielten. Diese beiden Effekte könnte eine behördliche Ausschüttung der Subventionsbeträge und ihre steuerliche Aufbringung zwar im groben anstreben, aber keinesfalls mit der gleichen Präzision noch mit der gleichen Wendigkeit bei jeder Veränderung der volkswirtschaftlichen Situation erreichen.

Hierbei ist es wichtig, sich klar zu machen, daß Marktpreise keineswegs Kostenpreise, sondern Knappheitspreise sind, d. h. solche Preise, die eine

„Zuteilung“ an die miteinander konkurrierenden Nachfrager überflüssig machen, weil jeder, der zu den geltenden Marktpreisen eine bestimmte Gütermenge zu kaufen wünscht, diese Gütermenge auch tatsächlich erhalten kann. Und zweitens ist zu bedenken, daß die Ausgaben einer Volkswirtschaft für eine Versorgung mit Agrarprodukten praktisch ein Fixum darstellt, so daß die Verbilligung gewisser Gütermengen, weil sie, von der anderen Seite gesehen, eine Einkommenserhöhung der Begünstigten bedeutet, deren Nachfragekraft nach anderen Agrarprodukten entsprechend steigt.

Daraus folgt, daß in der gegenwärtigen Situation Deutschlands damit gerechnet werden kann, daß eine nicht sinnwidrig durchgeführte Marktpaltung der deutschen Landwirtschaft zwar eine Sonderstellung unter den Wirtschaftszweigen durch die Übernahme dieses „Sozialwerks“ zuweist, ihr aber trotzdem die volle Aufhebung des preispolitischen Rentabilitätsdruckes zugute kommen ließe. Wobei natürlich die bisherige und für künftig geplante Importhilfe des Auslandes als weiterhin gesichert unterstellt wird, da ohne sie alle ernährungspolitischen Probleme Deutschlands heute überhaupt unlösbar wären. Insbesondere könnte, statt von einer Aufhebung des preispolitischen Rentabilitätsdruckes auf die Landwirtschaft nur noch von einem wirtschaftlichen und sozialen Chaos die Rede sein.

Die Leistungssteigerungen in der Industrie seit der Währungsreform geben zwar keinen Maßstab, wohl aber ein Symptom dafür ab, daß auch die deutsche Landwirtschaft nach der Aufhebung des preispolitischen Rentabilitätsdruckes durch Marktpaltung und nach Zurückgewinnung betrieblicher Produktionsinitiative durch einen Rückzug der Zwangswirtschaft zur Steigerung des Sozialproduktes erheblich beitragen dürfte. Eine mit Kernplanung notwendigerweise gekoppelte Marktpaltung würde daher ohne Belastung der öffentlichen Haushalte das langfristige sozialpolitische Problem zugleich mit dem kurzfristigen lösen, von denen beiden oben die Rede war.

Dieser Weg wäre auch kein bloßes Zurück zur Konkurrenzwirtschaft des 19. Jahrhunderts, sondern ein Ansatz zur Entwicklung einer tatsächlich sozialen Marktwirtschaft, wie es das heute so beliebte adjektivische Schlagwort verspricht. Denn die kernplanerische Marktpaltung gestattet zugleich mit einer tiefgehenden Beeinflussung des agraren Produktionsprogramms eine Synthese von Produktionssteigerung und sozialer Sicherheit.

Summary: Market splitting as a social and subsidizing instrument of agricultural policy. The fact that the agricultural sector continues to be tied to the system of a controlled economy bears hard on the profitability of the agricultural sector. But the relative under-profitableness of the German agriculture is an old phenomenon which only can be eliminated by a rise of the production ceiling in agriculture. By inclusion of the agricultural sector in the free market economy agricultural problems cannot be solved. It could only remove the pressure on profitability caused by the present price stop. This can be done by an increase of prices or subsidies. However, a sudden rise of agricultural prices is bound to engender the economic-political danger of a wages-price spiral which under the present conditions would mean a return to a controlled economy. The British war economy serves as an example for the discussion of the solution of the problem by subsidies. The impossibility to grant subsidies in Germany from public funds and the absurdity to finance them by means of direct or indirect foreign credits leads to the system of market splitting which is regarded as a means of self-subsidizing. Market splitting means (a) the retreat of the controlled economy to such class of goods and quantities of goods as are destined for consumption of classes with smaller incomes and (b) the direction of all additional consumption to methods of market economy and its price formation. Market splitting does not mean a return to a competitive economy but the beginning of a development of a real social market economy.

Résumé: Division du marché comme instrument de distribution sociale et de subvention dans la politique agricole. Le fait que le secteur agricole est toujours compris dans le système du rationnement forcé signifie l'exercice d'une pression sur la rentabilité du secteur agricole. La rentabilité relativement non équilibrée de l'économie rurale allemande est connue de longue date. Elle ne peut être balancée que par le reculement des limites d'exploitation. Ce n'est pas par le renvoi du secteur agricole au marché libre que les problèmes agro-politiques seraient résolus. Il ne servirait qu'à faire disparaître la pression sur la rentabilité comme résultat de l'accord sur l'établissement des prix actuels. Cela pourrait se faire par l'augmentation des prix ou par des subventions. Cependant l'augmentation subite et considérable des prix agricoles entraînerait le danger d'une augmentation simultanée des salaires et — dans les circonstances actuelles — le retour au système de rationnement forcé. L'économie de guerre anglaise sert d'exemple pour discuter la résolution du problème par subventionnement. Comme en Allemagne le subventionnement ne pourrait pas être garanti par l'Etat, de même que le financement par des crédits indirectes ou directs pris à l'étranger n'aurait pas de sens, c'est le système de la division du marché qui s'offre comme moyen de „auto-subventionnement“. Par la division du marché le système du rationnement forcé serait limité à toutes les catégories et les quantités de marchandises mises à la disposition des consommateurs d'une puissance d'achat peu élevée. La distribution des catégories et des quantités non saisies incomberait au marché libre avec formation de prix adéquate. La division du marché ne signifie pas un retour au système économique de libre concurrence, mais plutôt le point de départ pour le développement d'un système économique du marché d'un caractère vraiment social.

Resumen: División de mercado como instrumento social y de subvención de la política agrícola. La permanente unión del sector agrícola con el sistema de la economía dirigida significa una presión sobre el rendimiento del sector agrícola. El relativo rendimiento reducido de la agricultura alemana es un fenómeno antiguo que sólo puede ser eliminado por un alzamiento/de la productividad máxima de la agricultura. Por la inclusión del sector agrícola en la libre economía de mercado no se pueden resolver los problemas agrícola-políticos. Por esta medida sólo se pudiese levantar la presión sobre el rendimiento causada por la presente fijación de precios. Esto se puede conseguir por un aumento de los precios o por subvenciones. Pero una repentina y considerable alza de precios debe de producir el peligro económico-político de una espiral de salarios y precios lo que en las presentes condiciones debe de significar un retorno a la economía dirigida. La economía de guerra inglesa sirve de ejemplo para la discusión sobre la solución del problema por medio de subvenciones. La imposibilidad de conceder subvenciones en Alemania de fondos públicos y el absurdo de financiarlas por medio de créditos extranjeros, directos o indirectos, conduce al sistema de la división de mercado que se considera un medio de la auto-subvención. La división de mercado significa que la economía dirigida se limita a las clases de géneros y cantidades de géneros destinadas al consumo de las clases de población que disponen de reducidas rentas remitiendo todo el consumo adicional a los métodos de la economía de mercado y su formación de precios. La división de mercado no significa una vuelta a la economía de competencia sino el comienzo de un desarrollo de una verdadera economía de mercado social.